

Die Subalterne

Der Reserveoffizier mit dem Orden.

Man wird nachher versuchen, die Glaubwürdigkeit der Zeugen auszuweisen. Ich möchte deshalb festhalten, daß es noch heute Reserveoffiziere gibt und erst vor kurzem den Orden Adlerorden dritter Klasse erhalten hat.

Was wir hier wiedersehen, das ist das Diktum des Ersten Staatsanwalts, der im Kaiser-Werk-Prozess seines Amtes waltete. In Bezug auf die Glaubwürdigkeit der Zeugen, die vor deutschen Gerichten zu erscheinen haben, erwidert die Erklärung dieses Vertreters der Staatsanwaltschaft ganz neue Perspektiven. Was bei der Sache an importanter ist, das ist die Einfachheit der Gründe. Die Menschen sind in ihrem Verhältnis gegenüber dem Eide einzuteilen in zwei Klassen: In solche, die Reserveoffiziere sind und in denen Adlerorden dritter Klasse haben (sie stehen außerhalb jedes Verdachtes der Unlauterkeit); und in solche, die weder Reserveoffiziere sind noch den Orden Adlerorden dritter Klasse haben (sie ihnen darf man sich der Möglichkeit falscher Aussagen vor Gericht versehen). Die Frage ist, ob diese Einfachheit nicht ein wenig zu weit geht, mit anderen Worten: ob die Grenze der unbedingten Glaubwürdigkeit nicht zu eng gezogen ist. Der Kronorden dritter Klasse verdient jedenfalls keinerlei Zurückhaltung gegen den Orden Adlerorden dritter Klasse. Und nicht wenig einmal in staatsanwaltlichen Kreisen wohlwollend die Frage erweckt, ob nicht auch die Inhaber des Orden Adlerordens (und des Kronordens) dritter Klasse grundsätzlich den Zeugen zuzurechnen sind, die im Gegensatz zu den Leuten ohne Reserveoffizierspatent und ohne jeglichen Orden vor Gericht als unerschütterlich glaubwürdig anerkannt werden. Was die Inhaber des Allgemeinen Ehrenzeichens anbetrifft, so mögen sie selbst ihre Rechte wahrnehmen und bei einer etwaigen gefälligen Regelung der Materie verlangen, daß sie in ihre Eigenschaft, als glaubwürdige Zeugen den wichtigen Referenten grundsätzlich gleichgestellt werden. Im übrigen ist, wenn der Befehl eines Orden Adlerordens ein für allemal die Glaubwürdigkeit eines Zeugen verbürgt, mit einem Schluß auch die Psychologie der Wehrfähigkeit gerichtlich gefragt. Es würde sich beispielsweise die Affäre Guleburg unverwundt schnell erledigen lassen, wenn es von den Gerichten allgemein als zwingende Norm anerkannt würde, daß ein Ordensinhaber eo ipso stets richtig schwört. Für Guleburg hätte, als er seinen bekannten Eid leistete, der ihm später als Meineid angelegt wurde, nicht bloß den Orden, sondern sogar auch den Schwarzen Adlerorden. Und wenn schon jemand, der einen Orden niederen Ranges hat, niemals falsch schwört, wieviel weniger kann jemand, der ungescholten ist und glaubt, ein Ritter des Schwarzen Adlerordens könne einen Meineid leisten? So lösen sich die schwierigsten forensischen Fälle mühelos, wenn die Anschauungen des Ersten Staatsanwalts in Kiel allgemein anerkannt und womöglich gesetzlich sanktioniert werden.

Die Konservativen und die „Zettelsoldaten“.

Sehr unangenehm sind die Konservativen von dem neuen Bunde der „Zettelsoldaten“ berührt. Die „Kreuzzeitung“ schüttet ihren Groll besonders gegen den Vorstehenden des neuen Bundes aus, den sie verächtlich als „Subalternebeamten“ bezeichnet. Das obelisk schreibt: Der Vorstehende des Bundes, Provinzialschulrater Guhl, hat nach Zeitungsberichten am Donnerstag in einer „äußerst hart besetzten“ Berliner Beamtensammlung außer der Sozialdemokratie auch der konservativen Partei Hochachtung gesagt. Die Konservativen könnten auf eine Unterstützung durch die „Beamtenschaft“ nicht rechnen; durch die Vertretung der agrarischen Interessen hätten die Konservativen sich an der Vertretung der allerwichtigsten Lebensbedürfnisse mitschuldig gemacht; erst wenn die Konservativen das agrarische Hoch abschüttelten, volkreundliche Tendenzen verfolgen, dann, aber auch nur dann werden der „Beamtenschaft“ zu prüfen haben, was in Punkte politischer Beziehung für sie zu tun sei.

Die Amnihilisten, mit der hier ein Subalternebeamter (1) sich zum Vertreter der ganzen Beamtenschaft ausrufen, ist ja groß, und was er an politischer Weisheit zum besten gibt, ist demgemäß den Bemerkungen der Agitatoren nachgeplagt. Aber das wollen wir auf sich beruhen lassen; der Bund der Zettelsoldaten hat ihn als sein wichtigstes Mitglied an die Spitze berufen und mag aufgehen, wie weil er mit ihm kommt. Die konservative Partei aber wird die Konsequenzen aus dieser Erklärung ziehen und auch gegen Herrn Guhl und seine Leute die Staatsanwaltschaft rüchelt. Was ist die Sache? Die Frage ist, ob man werden die Beamten den ersten Streit begeben? Doch niemals auf! werden die Beamten mit dem freiberuflichen, vielleicht einmal zum Streit gelangenden Privatbeamten - führt die radikalen Staatsbeamten voll mit Notwendigkeit vor die Entscheidung, ob sie sich zum Sympathietreff verpflichtet fühlen, und andererseits auf ihnen die Verbindung eines Mittels, wenn sie selber einmal die Beamten des Arbeiterbundes annehmen wollen. Neben eventuellen Mitteln mit beizugehen vorgebeht werden. Die sozialen Klassen, Staats- und Kommunalbeamten werden einsehen, daß sie nicht mit größerer Freigebigkeit als bisher den politischen Parteien unter ihren Notigen abgeben müssen, die da zu unbedeutend mit dem neuen Bunde.

Wenn die Beamten als Zettelsoldaten konservativer Wähler tätig sind, dann sind sie der konservativen Partei angenehm.

dann werden sie auch nicht verächtlich als „Subalternebeamte“ bezeichnet. Wenn sie aber das Volkselement der justizfachgerichtlich tätigen Wirtschaft einsehen und sich dagegen zur Wehr setzen, dann werden die „Subalternebeamten“ zu politischen „Stündern“ gestempelt.

Will die „Kreuzzeitung“ durch ihre Denunziation nun auch einen Disziplinärprozess gegen Herrn Guhl herbeiführen? Die „Kreuzzeitung“, deren Chefredakteur ein früherer Ministerialdirektor ist, hat das schöne Wort erfunden, die Beamten würden von Staate „alimentiert“ und mühten deshalb artig, das heißt honorariv sein. Durch ihren neuesten Mut- und Mißhandlungsversuch gegen die mittleren Beamten hat sie einen weiteren interessanten Beitrag zu der berühmten fonservativen Beamtensympathie geliefert. Die erst bei den Vordrängen aufsteht und bei den Übergriffen und den „Minuten“ endigt. Für die Gehaltserschöpfung dieser Kategorien hat sich die „Kreuzzeitung“ stets mit Feuerkraft eingesetzt, während ihr die „Begehrtheit“ der mittleren und unteren Beamten stets schwere Sorgen gemacht haben. Nun soll ihnen auch noch das Staatsbürgerrecht geraubt werden. Gibt justizfachgerichtlich-preußisch-reaktionär!

Schnapsbonkot und Konzeßion.

Ein Gastwirt am Rinderweg in Schöneberg hatte das Bewaltungsprivilegium eingekauft, weil auf das wiederholte Geklagen hin der Ausschlag von Schirntufen nicht gestattet wurde. In seiner Klage hatte er darauf hingewiesen, daß bei ihm verfahren Arbeiter und Handwerker zum Bier regelmäßig einen Schnaps verlangten. Mit seiner Klage ist der Gastwirt jetzt vom Stadtschlichter wieder abgewiesen worden. Interessant ist in der Klagebeurteilung vor allem, daß der Stadtschlichter sich auf den sozialdemokratischen Schnapskonflikt, den der letzte Parteitag beschlossen hat, bezieht. Es heißt in dem Urteile:

Wenn der Kläger behauptet, daß bei den Arbeitern und Handwerkern stets ein Bedürfnis zum Spirituosenkonsum vorliegt, so muß dem entgegengehalten werden, daß der Spirituosenkonsum notwendig zurückgegangen ist und durch die auf den sozialdemokratischen Parteitag beschlossene Schnapskonzeßion der Schnapskonsum der Arbeiterklasse weiter erheblich eingeschränkt worden ist.

Die Chokolen in Österreich. Nach einem Telegramm aus Prag ist die Produktion von Chokolen in der österreichischen Industrie ein neuer Rekordfall festgestellt worden.

Ein sozialdemokratischer Vizepräsident?

Aus Dresden wird uns berichtet: Die deutschen, haben die Nationalliberalen und Progressiven die Pflicht, im neuen Bund der Sozialdemokraten den dritten Präsidentschaften zu Verfügung zu stellen, falls sich die Sozialdemokraten zur Übernahme der sogenannten Vizepräsidentenpflichten nicht bereit erklären. Diese Mitteilung machte der Vorsitzende des Dresdener Bezirks der freisinnigen Arbeiterpartei, Stadtvorstand Herr in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung, in der er über die Bundtagsangelegenheiten referierte. Nach der bisher von den Sozialdemokraten geäußerten Praxis ist nicht zu erwarten, daß sie auf diese Bedingungen eingehen werden.

Eine neue Schnapsaffäre wird aus Paris berichtet: Unter dem Beschuld der Schnapsaffäre in ein Polizeibüro namens Parrot verhaftet worden. Bei ihm ist Schriftstube und Büreau gefunden worden, die die Schnapsverteilung betreffen. Parrot, der im Begriff war, nach Nancy abzureisen, erklärte zuerst, er habe die Dokumente von einem Kritiker des Garçon Nancy als Pfand für ein Geldbillet erhalten; später bezeichnete er jedes Parteilager jedoch als unrichtig. Zugaben, ist eine Unterredung nach der ersten Richtung hin eingeleitet worden.

Am Postamt Teulbach, das die Posteninspektoren von zwei Beamten, wurde eine Dynamomachine, die wichtige elektrische Leitungen zu bedienen hat, durch bisher unbekannt Täter brennend zerstört. Das Sand und kleine Kieselsteine in sie hineingeworfen worden waren.

Eine Massenklage.

Die französischen Lehrer gegen die Bischöfe.

Eine interessante Klage ist in Frankreich eingeleitet worden. Die Vereinigungen der Volksschullehrer und Lehrereinnahmen Frankreichs, die über 100.000 Mitglieder zählen, haben gegen sämtliche französische Bischöfe eine Klage eingeleitet, die wegen ihres jüngsten Hirtenbriefes, in dem in der letzten Hebräerwoche und in diesem Widerspruch mit der Wahrheit behauptet worden war, daß die weltlichen Volksschulen einen verderblichen Einfluß üben würden, eine Schadenersatzklage vor den Zivilrichter angebracht. Die Klage wird damit begründet, daß die Bischöfe ihren Versuch, ein unangenehm unvollständiges und materielles Ansehen zu erlangen. Die Lehrer vereinigen verlangen von jedem Bischof einen Schadenersatz von 5000 Francs. Sie wollen diese Summe den Schulkassen zuwenden.

In den Hirtenbrief werden auch die Lehrkräfte, die an den weltlichen Schulen tätig sind, als verwerflich bezeichnet. Die Vertreter dieser Lehrkräfte beschuldigen gleichfalls, gegen sämtliche Bischöfe und Bischöfe die Schadenersatzklage bei dem Zivilgericht anzustellen, da ihnen in der Tat beträchtliche Schäden zugefügt sei. Eine Anzahl Bischöfe hätte sich bereits infolge des Hirtenbriefes, den Befehl der vom Episkopat verbotenen Widrig zu übergeben.

Riefenbergarbeiterstreik in Australien.

Das Riefenberg, 8. November, wird ein Telegramm: Durch den Ausbruch von australischen Bergarbeitern ist der Bergbau von Riefenberg in Australien von New Castle und Warraland lahm gelegt. Die Bergleute anderer Distrikte werden sich voraussichtlich dem Streit anschließen. Australien

Schiffe, die in Newcastle Kohlen laden, werden durch den Ausbruch dort festgehalten, und viele australische Dampfer werden deshalb außer Betrieb gesetzt werden müssen. Auch die Industrie wird von dem Ausbruch schwer betroffen, da man eine lange Dauer des Stromes befürchtet, und die Kohlenvorräte allgemein gering sind.

Der wankende Königsthron.

Verschiedene Berichte aus Athen melden übereinstimmend, daß die Lage der griechischen Dynastie ein wenig unruhig sei. In der europäischen Diplomatie wird bereits eingehend die Frage der Kandidatur für den König Georg erörtert. Aus Athen wird berichtet, verläßt:

Die hiesigen diplomatischen Kreise, die die Einsetzung des Königs Georg kennen, sind der Überzeugung, daß er bald auf dem Thron verabschiedet wird. Der König hat bereits wiederholt an den maßgebenden diplomatischen Stellen in Europa seinen Wunsch, auf den Thron zu verzichten, mitgeteilt. Es sind aber politische Kräfte, die die verschiedenen Kandidaturen vorschlagen haben, den König abzusetzen zu lassen, das er seinen Thron in einem späteren Augenblicke geltend machen möchte, wenn die internationale Situation weniger gefährlich wäre. An den maßgebenden Stellen in Europa hält man den König für verloren, und nach mehr als die Person des Königs die Dynastie selbst. Es wird als unmöglich angesehen, daß eines Tages ein König, der aus der Arme ausgeschieden worden ist, indem er eines der Thronkandidaten an die Spitze der Arme gestellt wurde. Die Kandidatur eines russischen Großfürsten, sei stets außer Konkurrenz gewesen. Man verneint ihr, daß bei der allgemeinen Armut im Lande der Hof bei der Heirat des Prinzen Georg, des jüngeren Bruders des Kronprinzen, mit Prinzessin Marie, der Tochter des Kaisers der Serbien, in Monte Carlo, in Kragefeldt ist.

Gründliche Kandidaturen für die nachfolgende auf dem Thron sind bis jetzt nicht in Frage gekommen. Es hätte große Schwierigkeiten, wenn ein Mitglied der herrschenden Familie der Großmächte auf dem Thron käme. Diese Schwierigkeiten würde sich verdoppeln, wenn es sich um ein Mitglied einer Dynastie der vier Schymasche handelte; denn diese sind, weil sie in der letzten Angelegenheit Versprechungen gemacht haben, die sie zu halten nicht in der Lage waren, arglistig ganz befürwortet in Popularität in Griechenland.

Man hat wohl den Namen des Herzogs der Braunschweig laueriert; aber es kommt auch da in Betracht, daß er einer der Herrscherfamilien der Schymasche angehört. Allerdings besteht eine Stimmung in Griechenland, einem Mitglied des italienischen Königshauses den Weg zum Thron zu eröffnen.

Nach einem Telegramm aus Konstantinopel hat die Partei des Kreta-Königs ein Zirkular überbracht, in dem sie unter Hinweis auf die Lage auf Kreta und die Ereignisse in Griechenland die Schymasche auffordert, das für Kreta einzuführende Regime definitiv zu bestimmen.

Die „Klotte von Honduras“ vernichtet!

Nach einer Meldung des Londoner „Daily Chronicle“ aus New York ist von dem am 25. März 1909 in Honduras zusammengebrochenen Komplex „Klotte“ die Ermordung der Klotte von Honduras durch die Kanonenboote „Ratumbia“ gemeldet worden. Die „Ratumbia“ hatte ein Schmutzgefäß mit einer Ladung dynamit beschnitten, von dem nach der Wegnahme ein Teil zur Verpflanzung an die Wammalch verteilt worden war. Als die Mannschaft durch den Versuch, das dynamit in beschnittenen Zirkel zu beladen, wurde sie von den Schmutzgefäßen überfallen und über Bord geworfen. Das Kanonenboot selbst wurde von den Schmutzgefäßen zerstört. Die Besatzung bestand aus 12 Mann. Die Täter sind entkommen.

Mailin, 7. November. Einer amtlichen Meldung zufolge haben die spanischen Zerstörer ohne Rücksicht auf die Erklärung, die in dem genannten, die als Schlüssel der ganzen Gegen am Kap Tres Forcos angesehen wird.

Eine Programmrede Riefers.

Auf einer von weit über 2000 Personen besuchten Versammlung der rheinischen Mitglieder und Freunde des Bundes, die Sonntag vormittag 11 Uhr in Köln a. Rh. im Reichshallentheater tagte, hielt der Vorsitzende des Bundes, Herr Riefers, eine Programmrede, die eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte: In einer Zeit französischer Parteiverwirrung und heftiger Parteilebendigkeiten liegt es besonders nahe, eine neue Orientierung zunächst ausschließlich vom Parteistandpunkt zu betonen und sie unter irgendeiner Parteiflagge unterzugeben. Danach ist dem nach der Kampfband gleich nach seinem Ertrinken, je nach dem einseitigen Parteistandpunkt der Kritiker, für jeden entweder als eine „rechtmäßige“ Partei, als eine neue Klasse des Bundes, oder ungeheuer als eine „reine Schutzflotte“ oder Schutzflottegruppe“ oder als eine von der nationalliberalen Partei und sogar als eine Partei der Regierung zu der Welt gefügt und losgelöst „Gründung“ begründet und abgelehnt worden. (Beifall.) Meine Herren, es genügt nicht, die Verleumdung dieser verschiedenen Auslegungen schon damit zu erweisen, daß eine von ihnen die andere ausschließt, es muß der ganze Ausgangspunkt als unrichtig nachgewiesen werden.

Der Kampfband will nicht nur, er kann überhaupt keine politische Partei sein. Er ist eine von dem Schutz und zur Förderung der gemeinsamen Interessen von Arbeiter, Handwerker und Kleinrentner begründete wirtschaftliche Bewegung. Er muß daher nach seiner Natur und seinem inneren Wesen die Angehörigen aller bürgerlichen Parteien offen stehen, ohne Unterschied der politischen Richtung, und nur die sich gerade hier im Rheinland mit bedeutender Schwere betonen möchte, eine Unterschied der religiösen und weltlichen Überzeugung.

Wir suchen, meine Herren, einen christlichen Kampf zur Errichtung wirtschaftlicher und sozialistischer Ziele, aber nicht betrieblen. Eine politische Partei, die unter dem Namen der „Klotte“ steht, aber nicht betrieblen. Meine Herren! Wie sind davon durchdrungen, daß unsere wirtschaftlichen Grundbedürfnisse und Ziele schwerer und tiefer von jeder wirtschaftlichen politischen Partei nicht nur ihren Bewegungen, sondern auch ihren Handlungen zugrunde gelegt werden müssen, wenn anders diese Partei nicht vom Sturmwind der öffentlichen